



# INFO AARGAU

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau



## Erfolg für EVP-Engagement zur Reduktion von Umweltbelastungen durch den Verkehr

Uriel Seibert, Fraktionspräsident

«Beeinträchtigung der Umwelt bei Bau, Betrieb und Unterhalt wird möglichst gering gehalten». Die Umwelt betreffend ist mit diesem Satz das Ziel in der Mobilitätsstrategie beschrieben, dem wichtigsten Dokument zur langfristigen Verkehrsplanung im Kanton Aargau.

Eine solche Zielformulierung ist äusserst fragwürdig. Die Formulierung «Beeinträchtigungen möglichst gering zu halten» mag zwar einen hohen Realisierungsgrad besitzen, als Zielformulierung ist sie aber ungeeignet, da sie nicht messbar ist. Auf das Formulieren von konkreten Zielwerten wurde verzichtet.

Damit würde das vorliegende Ziel selbst mit Verschlechterungen gegenüber dem Status quo erreicht, solange man vorweist, wie man sich bemüht hat, die Beeinträchtigung «möglichst gering zu halten» ... Dass diese Befürchtung nicht ganz abwegig ist, zeigt sich daran, dass auch nach Inkraftsetzung

der Strategie die Anzahl Motorfahrzeuge im Kanton immer noch stärker wächst als die Bevölkerung.

Diesen Missstand greift eine Motion aus der EVP auf. Sie fordert, dass die Formulierung «Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Belastung von Mensch und Umwelt» als Ziel in die Mobilitätsstrategie aufgenommen wird. Dabei sollen auch messbare Zielwerte formuliert werden, da sich eine Reduktion sonst nicht ausweisen lässt.

Der Regierungsrat nahm die Motion entgegen, wollte sie aber gleich wieder abschreiben. Dagegen wehrte sich die EVP. Sie vertritt die Meinung, dass das Engagement des Kantons zur Verminderung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen durch den Verkehr im aktuellen Kontext mit den Klimazielen klar ungenügend ist und dass messbare Zielwerte ein erster Schritt in die richtige Richtung sind. Zu unserer Freude sah eine Ratsmehrheit dies gleich und hielt die Motion aufrecht.

### EDITORIAL



Christian Minder, Grossrat

Egal bei welchem Thema, fast immer geht es um dasselbe: Wollen wir etwas ermöglichen oder Missbrauch einschränken?

Bürgerliche Kreise wollen Unternehmen Freiheit lassen, Linke sehen den Missbrauch. Soziale Parteien wollen Sozialhilfebezügern Möglichkeiten offen halten, Rechte wollen sie einschränken. Liberale wollen generell ermöglichen, Konservative eher schützen.

Nähmen alle Unternehmen ihre Verantwortung wahr, wäre die Konzernverantwortungsinitiative nicht nötig. Leider missbrauchen einige Firmen ihre Möglichkeiten. Deshalb ist es nötig, diese Unternehmen in ihrem Handeln einzuschränken. Dadurch profitieren auch verantwortungsvolle Unternehmen im Wettbewerb, weil ihre ausbeuterische Konkurrenz ebenfalls gesetzliche Vorgaben der Länder einhalten muss.

### PAROLEN (NAT. UND KANT.)

- **Ja** zur Konzernverantwortungsinitiative
- **Ja** zur Initiative gegen die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten
- **Ja** zu den Änderungen des Geldspielgesetzes



Therese Dietiker, Co-Präsidentin

Nach einem kurzen Fraktionsausflug ins Reusstal zum Abschied von Maja Bally und Michael Notter traf sich der Grosse Rat weiterhin in der Umweltarena.

Bei der Kenntnisnahme des SVA-Jahresberichts machte sich Therese Dietiker Sorge über die eskalierenden Ergänzungsleistungen: «Der Normalbürger kann seine Heimkosten nicht decken und die Altersarmut zieht grössere Kreise, als wir gerne wahrhaben wollen.»

Die EVP stimmte der Ablösung des alten NOK-Gründungsvertrages durch ein neues Vertragswerk der Eigentümerkantone zu: Der Grosse Rat will die wichtige Energieinfrastruktur in Schweizer Hand wissen. Dr. Roland Frauchiger brachte die Schwierigkeit dieser Mitbestimmung auf den Punkt: «Wie garantieren wir das? Wie bringen wir den Regierungsrat dazu, dass er den Verwaltungsrat der Axpo Holding dazu bringt, dass er die Tochtergesellschaften dazu bringt, dass diejenigen

wiederum die Direktoren dazu bringen, dass das eben auch umgesetzt wird?» Die EVP stimmte dem Vertragswerk zu.

Die Richtplananpassung für die Verlängerung der Limmattalbahn war umstritten. Unsere Fraktion stellte sich hinter die Grundlage für eine allfällige Planung. Dr. Roland Frauchiger wies auf die vielen offenen Fragen vor Ort hin. «Dennoch sind wir der Meinung, wenn man vorausschauen will und den Mut haben will für neue Projekte, dann sollte man zumindest den Weg freihalten...». Die EVP wird nach der Klärung der offenen Fragen das Projekt neu beurteilen.

In einer Fraktionserklärung machte Therese Dietiker auf das abgebrannte Flüchtlingslager in Moria auf Lesbos aufmerksam. Die Schweiz dürfe nicht wegschauen, wenn die Geschichtsbücher der Zukunft geschrieben würden. Sie appellierte an den Regierungsrat, dem Bundesrat zu signalisieren, dass im Aargau Raum für die Aufnahme verletzlicher Personen zur Verfügung steht. «Damit setzen wir ein Zeichen der Mitmenschlichkeit».

Unbeirrt setzte sich Uriel Seibert ein für seine Motion betreffend Aufnahme des Ziels «Vermindern des Ressourcenverbrauchs und der Belastung von Mensch und Umwelt in die Mobilitätsstrategie»: Es fehlen ganz klar quantifizierbare und damit verbindliche Zielformulierungen. Die Mehrheit des Grossen Rates gab ihm Recht: Nach einer intensiven Diskus-

sion mit dem Baudirektor wurde die Motion überwiesen.

VORSTÖSSE

- **Fraktion EVP-BDP als Mitunterzeichnerin:**  
Motion für die Sistierung der neuen Absenzenregelung an der Oberstufe
- **Uriel Seibert hat eingereicht:**
  - Interpellation (mit Maja Bally) betreffend obligatorische Berufseinsteigerkurse für Lehrpersonen im Kanton Aargau
  - Interpellation (mit anderen EVP-Grossratsmitgliedern) betreffend Massnahmen gegen Lohndumping, Arbeitsausbeutung und andere Missbräuche im Arbeitsmarkt
- **Therese Dietiker und Lutz Fischer haben eingereicht:**  
Interpellation betreffend Praxiserfahrungen mit den Mobilien Ärzten im Aargau
- **Therese Dietiker hat mitunterzeichnet:**
  - Postulat betreffend Regelung der Luftrettung
  - Postulat betreffend 50. Jahrestag des Frauenstimmrechts 2021
  - Antrag auf Direktbeschluss für eine Standesinitiative zur Mitbeteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler und Kliniken aufgrund von Covid-19



Von links: Dr. Roland Frauchiger, Urs Plüss, Therese Dietiker, Lutz Fischer-Lamprecht, Uriel Seibert (fehlt: Christian Minder)

Die EVP gehört wieder zu den Gewinnern

Peter Rytz, Wahlkampfleiter

**Die EVP versammelte sich am Wahlsonntag im TDS Aarau. Bevor die Resultate eintrafen, prämierte das Wahlteam die persönlichen Wahlvideos. Mit grosser Freude wurde um 15.20 Uhr das Wahlresultat der Grossratswahlen 2020 entgegengenommen. Alle sechs EVP-Grossräte sind bestätigt worden.**

Die EVP ging mit 116 Kandidierenden, so viele wie noch nie, in den Wahlkampf. Mit einer Zunahme des Wähleranteils um 0.15% auf 4.2% zählt die EVP zu den Gewinnern der Grossratswahlen 2020. Sie ist die einzige Partei, die in den letzten beiden Grossrats-

wahlen den Wähleranteil jeweils steigern konnte.

Die Ausgangslage im Bezirk Brugg war schwierig, da die Anzahl Sitze zugunsten des Bezirks Lenzburg von 11 auf 10 reduziert wurde. Dennoch konnte Dr. Roland Frauchiger seinen Sitz verteidigen. Die EVP Aargau ist glücklich darüber, auch ohne die zurückgetretene BDP eine (eigene) Fraktion stellen zu dürfen. Die Co-Präsidentin, Therese Dietiker, strich besonders hervor, dass auch Kandidierende, die nicht gewählt wurden, hervorragende Resultate erzielten.

Die EVP Aargau dankt allen Wählerinnen und Wählern sowie den Kandidierenden herzlich für ihre Unterstützung bei den Grossratswahlen 2020.



## Würenlos ist ein Reisli wert

Lutz Fischer-Lamprecht, Grossrat

**Eine muntere Truppe von Mitgliedern und Freunden der EVP Wettlingen-Limmattal liess sich von Gemeindeammann Toni Möckel durch Würenlos führen. Beim «thematischen Spaziergang» mit dabei waren 5 Kandidatinnen und Kandidaten für den Grossen Rat.**

Wussten Sie, dass in Würenlos 1+1+1 eins ergibt? Würenlos besteht nämlich aus drei ehemals unabhängigen Oetlikon, Kempfhof und Würenlos, die im Jahr 1900 gegen ihren Willen vom Kanton Aargau zwangsfusioniert wurden. Als paritätischer Ort war die Gemeinde bis zum Beginn der 1970er Jahre stark vom konfessionellen Nebeneinander geprägt, das erst mit dem grossen Dorffest zum 1100-jäh-

rigen Bestehen von Würenlos langsam zu einem Miteinander wurde. All dies konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der interessanten und vielseitigen Führung durch das Dorf erfahren. Aber auch die Renovation des Schwimmbads und die Dorfentwicklung waren unterwegs Themen. Würenlos, eine Gemeinde, die in den letzten Jahren stark gewachsen ist, musste in die Infrastruktur investieren und versucht nun das Wachstum so zu lenken, dass in den nächsten Jahren keine Grossinvestitionen nötig sind.

In Oetlikon wurde deutlich, wie anspruchsvoll es ist, einen Ort zu entwickeln, der aufgrund des Denkmalschutzes kaum Entwicklungsmöglichkeiten hat, und in Kempfhof kamen wir am ehemaligen Gemeindehaus vorbei, das im Keller noch über eine Arrestzelle verfügt. Auch der Blick in die Zukunft kam nicht zu kurz, möchte Würenlos doch seit Jahrzehnten ein Altersheim bauen, dessen Realisierung langsam, aber sicher in greifbare Nähe rückt.

Zum Abschluss wurde der munteren EVP-Truppe ein coronakonformer Apéro offeriert und der Präsident der Regionalpartei Wettlingen-Limmattal liess es sich nicht nehmen, Toni Möckel für die Führung und seiner Frau Caroline für den reichhaltigen Apéro herzlich zu danken.

## PAROLEN KANTONALE ABSTIMMUNGEN

### Umsetzung des Bundesgesetzes über Geldspiele

Urs Plüss, Grossrat

**116:1. Das sind nicht die Gewinnchancen beim Roulette; es ist das Abstimmungsergebnis im Grossen Rat zu dieser Vorlage. Damit wäre eigentlich bereits alles gesagt. Trotzdem: Um was handelt es sich?**

Es geht um eine Änderung der kantonalen Verfassung. Aber statt neuer Wortlaute wird der Paragraph komplett gestrichen. Neu regelt das Bundesgesetz die Glücksspiele so umfassend, dass das kantonale Gesetz direkt darauf verweist. Gleichzeitig wurde im Rat aber auch das neue Geldspielgesetz des Kantons Aargau behandelt, das indes nicht zur Volksabstimmung kommt (eine Änderung an der Verfassung bedingt immer eine Volksabstim-

mung, ein Gesetz hingegen verlangt dies nicht.). Während der gesamten Beratung legte die EVP viel Wert auf die Suchtprävention, da Spielsucht viel Leid erzeugt, welches das Leben einzelner und etliche Familien zerstören kann. Das sind die Eckpunkte des neuen Gesetzes:

- Gewinne aus Kleinspielen sind neu generell steuerfrei (bisher bis CHF 1'000).
- Gewinne aus Grossspielen sind bis CHF 1 Million steuerfrei (Bundesgesetz regelt, dass mind. 1 Million steuerfrei sein muss).
- Tombolas bis zu einer Gewinnsumme von CHF 20'000 sind bewilligungsfrei.
- Tombolas dürfen maximal eine Gewinnsumme von CHF 50'000 aufweisen.
- Lottos mit einer Plansumme von über CHF 20'000 sind bewilligungspflichtig.
- Lottos dürfen nicht von Profi-Lottiers durchgeführt werden.

Die Parteiversammlung hat einstimmig die Ja-Parole gefasst und folgt damit dem Grossen Rat und der Regierung.

## MITTEILUNGEN

### 100 Jahre EVP-Ortsparteien Zofingen und Rothrist

Die Jubiläumsfeierlichkeiten der beiden Ortsparteien mussten aufgrund von Covid-19 leider auf das nächste Jahr verschoben werden. Das Co-Präsidium der EVP Aargau überbrachte ihnen am 22. September in Zofingen ihre Gratulationen.



### EVP-Erfolge bei den Gesamterneuerungswahlen der Bezirks- und Kreisbehörden 2020

Die EVP gratuliert folgenden Personen ganz herzlich zu ihrer Wahl:

- **Andrea Blunier**, Buchs, Bezirksschulrat
- **Christian Bolleter**, Ennetbaden, Gerichtspräsident
- **Susanne Baumgartner**, Brugg, Bezirksrichterin
- **Ursula Fehlmann**, Windisch, Bezirksschulrat
- **Jürg Kuhn**, Gontenschwil, Finanzkommission
- **Jutta Moosheer**, Frick, Bezirksschulrat
- **Regula Kyburz**, Lenzburg, Bezirksrichterin
- **Thomas Minder**, Lenzburg, Friedensrichter
- **Doris Smonig**, Reitnau, Bezirksschulrat
- **Hanspeter Neuenschwander**, Rothrist, Friedensrichter

## Ja zur Konzernverantwortungsinitiative

Der Parteivorstand der EVP Schweiz hat im August 2020 einstimmig die Ja-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative gefasst. Bis zuletzt hatte die EVP in der Sommersession den griffigen Gegenvorschlag des eigenen Rates unterstützt. Nachdem sich der zahnlose Vorschlag des Ständerates durchgesetzt hatte, war klar: Die EVP unterstützt die Initiative selbst, ist doch ethisches Unternehmertum einer der Schwerpunkte der EVP.

Die EVP versteht darunter eine starke und leistungsfähige Wirtschaft, die ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrnimmt. Für ein ethisch handelndes Unternehmen und seine

Tochterfirmen ist es selbstverständlich, dass sie überall dort, wo sie tätig sind, die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Viele Unternehmen tun dies bereits. Für diejenigen, die kurzfristige Profite höher gewichten als den Schutz von Mensch und Umwelt, braucht es verbindliche Regeln.



## Ja zur Initiative gegen die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

Zur Volksinitiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten fassten die Delegierten der EVP Schweiz am 19. September 2020 eine deutliche Ja-Parole. Die EVP hatte sich im Nationalrat vergeblich für die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags eingesetzt. Es ist aus Sicht der EVP ein unauflöslicher Widerspruch, wenn die Schweiz mit der einen Hand durch die Finanzierung der Kriegsmaterialproduktion weltweit Konflikte anheizt, die sie mit der anderen Hand diplomatisch lösen will. Dies beschädigt ihre Glaubwürdigkeit als neutral vermittelnde Partnerin.

### AGENDA

**24. November 2020, 19.45 Uhr**  
Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

**28. November 2020,  
10.00-13.00 Uhr**  
Delegiertenversammlung EVP  
Schweiz (Solothurn)

**03. Dezember 2020,  
18.15-20.45 Uhr**  
EVP Kurs «Typo3 für Sektions-Web-  
master» (Josefstrasse 32, Zürich)

### IMPRESSUM

#### Redaktion

Evangelische Volkspartei des Kantons  
Aargau  
5000 Aarau

#### Herausgeber

Evangelische Volkspartei Aargau  
Abonnement mindestens 15 Franken  
pro Jahr

#### Erscheinungsweise

viermal jährlich

#### Internet

[www.evp-ag.ch](http://www.evp-ag.ch)

#### E-Mail Sekretariat

[sekretariat@evp-ag.ch](mailto:sekretariat@evp-ag.ch)

#### Inserate, Adressverwaltung

Evangelische Volkspartei des Kantons  
Aargau  
5000 Aarau  
Telefon 077 450 15 99

#### Realisation und Druck

[www.gndruck.ch](http://www.gndruck.ch)

#### Auflage

8700 Exemplare

### BERICHT AUS DEM NATIONALRAT



Lilian Studer, Nationalrätin

**In der Herbstsession erwartete uns eine derart gefüllte Traktandenliste, dass die Sitzungszeiten ausgeweitet wurden. Ende Oktober findet überdies eine Sondersession statt. Gewichtige Geschäfte wie das CO<sub>2</sub>- und das Covid-19-Gesetz wurden fertig beraten.**

Eine gesetzliche Grundlage sollte geschaffen werden, damit einige Massnahmen der Notverordnungen zu Covid-19 weitergeführt werden können. Dazu gehört u.a. die weiterführende Unterstützung von Kulturschaffenden und -unternehmen und neu auch die finanzielle Unterstützung an Kulturveranstalter, die Reisebranche, an Schausteller, an Sportverbände, an die Medienbranche und weitere, die besonders an den wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Massnahmen zu leiden haben. Dafür braucht es weiterhin Regelungen für justizielle und verfahrensrechtliche Massnahmen, für Versammlungen

von Gesellschaften oder die Sicherheit von medizinischen Gütern. Komplex war das Geschäft insofern, als dass es innerhalb der drei Wochen von beiden Räten beraten und eine Einigung erzielt werden musste.

Einiges zu tun gab es für mich als Fraktionssprecherin der Kulturbotschaft und der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Hier ging es um die strategische Weiterführung und Verteilung der Gelder für die kommenden vier Jahre. Ziel ist die Beibehaltung der internationalen Führung der Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Rund 28 Milliarden Franken sind für die vier Jahre vorgesehen. Bei der der Kulturbotschaft setzt sich der Bundesrat zum Ziel, die kulturelle Vielfalt zu pflegen, den Zugang zur Kultur zu verbessern sowie die damit verbundenen Themen der kulturellen Traditionen und der Digitalisierung in die Kulturpolitik aufzunehmen. Bei der Kulturbotschaft waren es Gesetzesanpassungen, z.B. beim Filmgesetz. Neu soll für das hiesige Filmschaffen eine Abgabe von Online-Filmanbietern und ausländischen TV-Sendern mit Schweizer Werbefenstern erhoben werden. Der Bundesrat hatte 4% vorgeschlagen, ich habe einen Kompromissantrag gestellt, wenn die Unternehmen selbst investierten. Der Nationalrat entschied sich für 1%. Jetzt kommt das Filmgesetz in den Ständerat.